



Rede der Kreisvorsitzenden Kornelia Wehlan auf der Regionalkonferenz der LINKEN Brandenburg am 19. Juni 2010 in Potsdam

1. Einleitung

Anrede, vor einem reichlichen halben Jahr haben wir in Regionalkonferenzen darüber beraten, ob und wie der mit der SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag tragfähig für eine rot-rote Koalition, für eine neue Politik in Brandenburg, für Gemeinsinn und Erneuerung ist. Wir haben darüber beraten, was das für unsere politischen Ziele bedeutet, was davon Wirklichkeit werden kann und was wir tun können und müssen, um aus den Vereinbarungen Realität werden zu lassen.

Das haben wir damals gemacht, weil wir alle der Überzeugung waren und sind: Diese Koalition ist nicht allein Sache der LINKEN Minister, nicht allein Sache der Landtagsfraktion, sondern sie ist Sache der Partei, des Landesverbandes – also von uns allen. Es hängt von uns allen ab, ob DIE LINKE erfolgreich und wahrnehmbar in der Koalition arbeitet, ob unsere Politik vor den Augen der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Lebensalltag Bestand hat.

Und deshalb gibt es heute und hier wieder eine Regionalkonferenz – in Fortführung der vor einem halben Jahr, wo wir mit der Vorstellung dessen begonnen haben, was wir an Vorhaben ausgehandelt hatten. Dort haben wir gemeinsam geprüft, was wir damit anfangen können.

Heute beginnen wir damit, dass wir euch vorstellen, was inzwischen alles auf den Weg gebracht wurde – und wir prüfen dann gemeinsam, wie weit und wohin uns das trägt.

Und wir werden einen Ausblick wagen müssen – einen Ausblick auf die nächsten Jahre. Das wird ein Ausblick aus der Krise heraus sein – aus einem weiteren Tiefpunkt der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Folgen uns mit zunehmender Wucht ereilen.

Doch dazu später.

2. Bilanz

Liebe Genossinnen und Genossen –

wir haben bereits auf dem jüngsten Landesparteitag eine Bilanz unserer Arbeit in der Koalition gezogen, die Fraktion hat das dann auf ihrer Klausur vor einigen Wochen noch einmal getan und präzisiert. Wir haben euch das entsprechende Papier übergeben – ich will es hier, schon aus Zeitgründen, nicht vorlesen. Aber – es ist mittlerweile ein gutes Päckchen – das zeigt, wie viel wir bereits auf den Weg gebracht haben.

Wir haben bei der Klausur in Bad Saarow unsere Bilanz an den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet, wie wir sie aus zahlreichen Gesprächen kennen und in Umfragen wieder und wieder bestätigt bekommen. Und wie sie auch unser Wahlprogramm vom letzten Jahr bestimmt haben.

Im Zentrum steht **Arbeit**, Arbeit, von der man leben kann. Und dieser Schwerpunkt umfasst zuallererst die Bereiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik:

Den Umbau der Wirtschaftsförderung haben wir in Gang gesetzt mit der

* Evaluierung der Regionalen Wachstumskerne und der Branchenkompetenzfelder – Landtagsbeschluss,

* der Übernahme von Garantien auf die Kreativwirtschaft im Landeshaushalt, (Innovation und Kreativität im Mittelstand nachhaltig zu unterstützen DS 5/510).

* Schlüsselprojekt: Mindestlohn/Vergabegesetz – mittlerweile ist aus den Eckpunkten ein Referentenentwurf geworden, der in der Kabinettsabstimmung ist

* und natürlich unser arbeitsmarktpolitisches Schlüsselprojekt - der ÖBS.

Die inhaltlichen Vorarbeiten in der Endphase sind erreicht; im Landeshaushalt 2010 sind alle finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben. Damit ist ein Start ab 01.07.2010 möglich. Noch in diesem Jahr können damit ca. 1.200 Existenz sichernde, sozialversicherungspflichtige und überjährig wirksame Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

Aber, Krisenbewältigung gelingt nicht im Fokus nur des eigenen Landes

- Es ist auch in Verantwortung von Rot-Rot dafür zu sorgen, dass auch über die Landesgrenzen hinaus die nötigen Schlussfolgerungen gezogen und umgesetzt werden. Darauf zielt der gemeinsam beschlossene Antrag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (DS 5/594).
- Zudem setzt sich das Land auf Initiative von Finanzminister Markov (DIE LINKE) für das Verbot des außerbörslichen Handels mit hochspekulativen Verbriefungen und Optionen ein.

Anrede, es steht außer Frage, dass uns unser Schlüsselprojekt „Gute Bildung für alle von Anfang an“ besonders am Herzen liegt.

* Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten für die 0- bis 3-Jährigen von einer Erzieherin für sieben Kinder auf sechs und für die über Dreijährigen von 1 zu 13 auf 1 zu 12 ist für das Neue Kita- und Schuljahr auf den Weg gebracht. Für diese Maßnahmen werden im Haushalt für 2010 über 13 Millionen Euro und ab 2011 zusätzlich 35 Millionen Euro bereitgestellt. Bis zu 1.000 neue Kita-Erzieherinnen und Erzieher können damit in den kommenden Jahren von den Kommunen und den Freien Trägern eingestellt werden – ohne dass ihnen zusätzliche Kosten entstehen. Im Gegensatz zur jetzigen Regelung übernimmt das Land für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels nicht nur 84 Prozent, sondern 100 Prozent der Kosten.

* Brandenburg wird zum kommenden Schuljahr 450 junge Lehrer einstellen – doppelt so viele wie noch im rot-schwarzen Schulressourcenkonzept geplant! Über die gesamte Legislaturperiode hinweg werden wir insgesamt 1.250 Lehrerinnen und Lehrer neu einstellen – so viel wie noch nie seit 1990. Damit wird es uns gelingen, die schulische Bildung deutlich zu verbessern und bisherige Defizite zu schließen.

* Das Schüler-Bafög ist jetzt auf den Weg gebracht. Rot-Rot in Brandenburg hat damit bundesweit breiteste Aufmerksamkeit auf sich gezogen – in einem Maße, wie es seit langem mit keinen sozialpolitischen Projekt in einem Bundesland gelang.

* Im gesamten Land Brandenburg sollen mit Beginn des neuen Schuljahres Kinder von Hartz-IV-Empfängern unentgeltlich an der Schülerbeförderung teilnehmen können. Das ist das Ergebnis eines Entschließungsantrages von LINKEN und SPD (DS 5/494), in Reaktion auf einen Antrag der FDP.

* Musikschulen: Eine zusätzliche Landesförderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro für die sozialen Aspekte der Musikschularbeit steht bereit. Trotz der angespannten Haushaltssituation sind diese zusätzlich eingestellt worden, ohne dass andere Kulturprojekte darunter leiden mussten.

* Novelle Hochschul-Gesetz: Während des Bildungsstreiks wurden mehrfach Gespräche mit den Streikenden geführt (Kerstin Kaiser, Peer Jürgens und Gerrit Große). Im Rahmen der jetzigen Möglichkeiten werden wir versuchen, die berechtigten Forderungen umzusetzen. Eine Bilanz des Bologna-Prozesses in Brandenburg, eine Überprüfung der neuen Studiengänge, eine Forcierung des Teilzeitstudiums wird in Angriff genommen. Eine Anpassung des BaföG ist dringend geboten – sowohl in den Fördersätzen als auch in Bezug auf die neuen

Studiengänge. Punkte wie Demokratisierung oder die Abschaffung der Rückmeldegebühr stehen auf unserer Agenda.

Gemeinsinn und Erneuerung in Brandenburg setzen voraus, dass das Land einen **nachhaltigen Entwicklungspfad** beschreitet. Nachhaltige Entwicklung

* Solarwirtschaft in Brandenburg sichern vs. Gegenmanöver der Bundesregierung (DS 5/447).

* Schlüsselprojekt Konversion: Verzicht des Bundesministers für Verteidigung auf die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Luft/Boden-Schießplatz (Dazu Erklärung DS 5/135 – wichtigstes Signal aber: Erfolg durch ausdauernden zivilen Widerstand – nicht alles kann und muss in Parlament und Regierung geschafft werden. Jetzt aber geht es um die Nutzung etc. – dazu politische Entscheidungen nötig).

* Nachhaltigkeitsbeirat berufen! Weichenstellung für ein Programm für die Fortschreibung der Strategien für Klimaschutz und Energie des Landes Brandenburg (DS 5/625).

* Kohle und Energie: Bundesratsinitiative zur Ergänzung der Rohstoffsicherungsklausel im Bundesberggesetz um ökologische und soziale Kriterien initiiert (Entschließungsantrag DS 5/451)

* Brandenburg drängt auf einen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit der CCS-Technologie – nicht, um Vattenfall einen Gefallen zu tun, sondern weil die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auch in diesen Fragen eine solide und belastbare gesetzliche Grundlage braucht. Ohne eine solche Basis sind die hohen Anforderungen, die die Koalitionspartner vereinbart haben, nicht verlässlich umzusetzen. Das betrifft vor allem die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen und –voraussetzungen wie den Ausschluss des Übergangs der Risiken auf die öffentliche Hand.

Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (Stefan Ludwig, Hans-Jürgen Scharfenberg)

*Zusammenführung der Zuständigkeit für die Datenschutzaufsicht bei der Landesdatenschutzbeauftragten.

* „Öffentliche Sicherheit durch eine bedarfsgerechte Personal- und Strukturplanung der Polizei (zu) gewährleisten“ (Januar 2010). Jetzt arbeitet die Expertenkommission beim Innenministerium; wir werden sehen, was die Ergebnisse sind. Klar ist aber bereits, dass im Schnitt pro Jahr 150 Polizistinnen ausgebildet und dann auch übernommen werden.

* menschenwürdige Gestaltung der Bleiberechtsregelung (Landtag im November 2009 für eine Verlängerung der Frist der gesetzlichen Altfallregelung; auf Bundesebene soll für humanitäre Lösung generell gewirkt werden).

* Dezember 2009: Landtag ist für Aufhebung der „Residenzpflicht“. Es sollten alle Möglichkeiten für eine Lockerung der räumlichen Beschränkungen, denen Asylbewerber und geduldete Ausländer im Land Brandenburg aufgrund des Asylverfahrensgesetzes und des Aufenthaltsgesetzes unterliegen, ausgeschöpft werden. Auf Bundesebene für eine Aufhebung der räumlichen Beschränkungen, denen Asylbewerber und geduldete Ausländer unterliegen, einsetzen.

Enquete-Kommission

* Im Herbst 2009 hat gerade unsere Partei durch verheimlichte Stasi-Biografien Anlass zu ernststen geschichtspolitischen Debatten gegeben, die eine ernste Belastung der noch jungen Koalition darstellten und an die Vertrauensbasis von Rot-Rot im Lande gingen. Dies war um so ärgerlicher, als wir durch den Landtagswahlkampf der demokratischen Parteien und durch die Versöhnungsinitiative von Matthias Platzeck vor einem wichtigen Schritt zur Versachlichung des Umgangs mit ostdeutschen Biografien und zur inneren Integration standen. Die Realität des Herbstes 2009 hat uns aber in Brandenburg – und über die Landesgrenzen hinaus – einen schweren Rückschlag in dieser Hinsicht beschert.

Eine Folge dieser Auseinandersetzungen ist die Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg".

Es ist der Koalition gelungen, diese Kommission von der Einengung auf eine „Vergangenheitsbewältigung der Vergangenheit“ zu befreien und ihr einen auch zukunftsorientierten Auftrag zu geben.

Wir werden in dieser Kommission aktiv und engagiert mitarbeiten und nach Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung unseres Landes suchen. Die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft sind nur dann wirksam zu bewältigen, wenn man ihre Ursachen und Wurzeln kennt, ihren Werdegang verstanden hat. Dies sollte kein Gegenstand des Streits und des kurzatmigen politischen Schlagabtausches, sondern Anliegen einer gemeinsamen, Parteigrenzen überschreitenden Analyse sein.

Haushalt

Der Landeshaushalt 2010 sichert trotz krisenbedingt sinkender Steuereinnahmen und trotz der Belastungen durch die Politik der Bundesregierung die Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages. Darüber hinaus konnten wir erhebliche Verbesserungen bewirken, in kleineren Einzelposten: Musikschulen, Landesjugendplan - wie die maßvolle Erhöhung auf Grund der tariflichen Anpassungen, bei Weiterbildung 300.000 Euro mehr, erstmals seit 2002 haben wir wieder eine entwicklungspolitische Projektförderung.

Wir stehen für eine Personalbedarfsplanung, die wieder Nachwuchsstellen und Einstellungskorridore für Spezialisten vorsieht. Beginnend mit diesem Jahr handelt es sich um insgesamt 170 Nachwuchskräfte und 767 Stellen für Spezialisten. Die Zahl der Ausbildungs- und Anwärterstellen wurde ebenfalls erhöht: im Jahr 2010 gibt es 1.542 Ausbildungsstellen in der Landesverwaltung. So wird nach mehr als fünf Jahren wieder für die Steuerverwaltung und für den Strafvollzug ausgebildet.

Und, ja, wir wollen den Haushalt konsolidieren, deshalb schöpfen wir den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden nicht aus.

3. Was sind unsere nächsten Aufgaben

Bei der weiteren parlamentarischen Arbeit haben im Jahresverlauf 2010 fünf Anliegen für uns höchste **Priorität**:

Erstens: Der praktische Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Die 1.200 ehemals langzeitarbeitslosen Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen ab September tariflich, jedoch nicht unter Mindestlohn-Niveau bezahlte, sozialversicherungspflichtige und überjährig wirksame Beschäftigungsverhältnisse aufnehmen. Wir wollen die Zugangshemmnisse zum ÖBS niedrig halten und legen Wert auf reguläre Arbeitsverträge ohne restriktive Eingriffe seitens der Jobcenter.

Probleme: nutzbare arbeitsmarktpolitische Instrumente des Bundes und deren Ausstattung, Definition der Zugangsvoraussetzungen durch die Bundesagentur für Arbeit, Anteil der Kommunen, Reichweite der geplanten 40 Mio. Landesmittel ...

Und hier brauchen wir euch – die kommunale Ebene. Hinweis auf Anträge in den Kreistagen von Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark.

Zweitens: Die Verabschiedung eines möglichst viele öffentliche Auftraggeber erfassenden und weitestgehend rechtssicheren Vergabegesetzes (Brandenburgisches Mindestlohngesetz). In der Gesamtregion Brandenburg-Berlin dürfen die Regelungen nicht in Konflikt zueinander stehen; die Unterschiede zwischen dem Stadtstaat Berlin und dem Flächenland Brandenburg allerdings können nicht ausgeklammert werden.

Probleme: Einbeziehung der Kommunen, (europa-)rechtliche Sicherheit (Vergabegrenzen; Dienstleistungsrichtlinie), schlankes Gesetz.

Drittens: Die Mitwirkung bei der Erarbeitung und der öffentlichen Diskussion der Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg. Sie soll das längerfristige Handeln

der Landesregierung systematisch am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausrichten. Dazu gehören der Vorrang für die Erneuerbaren Energien und der Klimaschutz, aber auch der Umgang mit dem demografischen Wandel und weiteren Themen, die noch zu definieren und für die Ziele zu bestimmen sind.

Bei der Erarbeitung und Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie legen wir wie die Landesregierung großen Wert auf die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, des Landtages, des Nachhaltigkeitsbeirates, von Wirtschaft und Wissenschaft wie auf die Verständigung mit der Öffentlichkeit insgesamt.

Viertens: Einflussnahme auf Diskussion und Entscheidungsfindung zur Neugestaltung der Regelleistungen für Kinder in Hartz-IV-Familien nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. In der Koalitionsvereinbarung war eine Bundesratsinitiative zur sachgerechten und armutsfesten Grundsicherung für Kinder vereinbart.

Fünftens: Vorbereitung des Landeshaushaltes 2011 – Gewährleistung der Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages sowie sozialer und ökologischer Standards des Landes ohne Preisgabe des Kurses auf Konsolidierung der Landesfinanzen.

4. Gestattet einen Ausblick: Was sind die Herausforderungen der nächsten Jahre?

Damit kommen wir zu den ziemlich ernstesten Herausforderungen, die nun vor uns liegen. Vom Finanzminister werden wir dazu noch einiges hören. Von mir hier nur so viel – was die grundlegenden Rahmenbedingungen anbelangt:

Brandenburg ist in hohem Maße von innerstaatlichen Transfers abhängig – vom Länderfinanzausgleich sowie von Sonderzuweisungen im Rahmen des sogenannten Solidarpakts II (läuft bis 2019 – schon jetzt degressiv). Der gesamtwirtschaftliche Einbruch und der damit verbundene Rückgang des Steueraufkommens wirken sich vor allem auf die Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs aus – und zwar in gewisser Weise doppelt. Die insgesamt zu verteilende Finanzmasse geht zurück – allerdings gibt es überdurchschnittlich starke Einbrüche bei den wirtschaftlich starken, sehr Export abhängigen südwestdeutschen Ländern – den Geberländern im Finanzausgleich.

Dazu kommt, dass sich diese Länder über ihre Landesbanken besonders stark am internationalen Spekulationsgeschäft beteiligt haben und nun gewaltige Summen für die Stabilisierung dieser Banken gebunden werden.

Der ohnehin schon gegebene absolute Rückgang im Haushaltsvolumen wird durch all diese Entwicklungen noch verschärft. Der Haushalt 2009 ist mit einem Defizit von 460 Mio. Euro abgeschlossen worden; für 2010 verzeichnen wir Steuermindereinnahmen von rd. 470 Mio. Euro. Aus dem Länderfinanzausgleich erhält Brandenburg 2010 204 Mio. Euro weniger. Für die folgenden Jahre ist insbesondere infolge sinkender Steuereinnahmeerwartungen die Haushaltssituation noch schwieriger.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen ist es der rot-roten Koalition gelungen, einen Haushalt für das Jahr 2010 zu verabschieden, der den Zielen unseres Koalitionsvertrages entspricht und auch Schwerpunkte setzt, von denen die von der Finanzkrise ebenfalls hart betroffenen Kommunen partizipieren können. Diesem Anspruch möchten wir auch zukünftig folgen.

Allerdings: Das müssen wir schaffen bei erheblich zurückgehenden finanziellen Mitteln – der Rückgang wird krisenbedingt noch stärker sein, als wir im Herbst erwarten konnten. Damals war der Euro noch stabil, brauchte es keine Rettungspakete für Griechenland, gab es keine Unsicherheiten mit Blick auf Portugal, Spanien oder Italien.

Wir sind nun auch Betroffene, etwa der Griechenland-Krise, aber wir werden diese Krise nicht mit den Mitteln bekämpfen, die jetzt den Griechen oder Spaniern aufgezwungen werden.

Aber: Auch wir werden Ausgaben zurückführen müssen.

Auf Einnahmeerhöhungen haben wir im Land nur sehr begrenzten Einfluss. Der Rahmen ist mit der Erhöhung der Grunderwerbssteuer schon fast ausgeschöpft.

Eine wieder höhere Neuverschuldung ist auch keine Antwort.

Wollte man allein dadurch die Defizite der kommenden Jahre decken, würde das die von der Verfassung bislang gesetzte Grenze sprengen. Da ist die Schuldenbremse noch nicht einmal einkalkuliert.

Was müssen wir also tun?

Wir müssen klären: *Wie* erbringen wir die Leistungen, die wir erbringen wollen bzw. müssen? Klären, was die Prämissen sind. Zwecke bestimmen, Mittel angemessen definieren.

Unser Grundsatz wird dabei sein:

Gerecht durch die Krise.

Dabei wird es Härten geben – aber auch Sicherheiten.

Und in diesen Sicherheiten wird sich zeigen, was Rot-Rot in finanzpolitischer von anderen Landesregierungen unterscheidet:

1. Wir werden soziale Leistungsgesetze nicht antasten.
2. Im Öffentlichen Dienst wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Wir werden einen Weg finden, soziale Härten auszugleichen.
3. Wir halten am Vergabegesetz fest. Der Mehraufwand an Mitteln für öffentliche Vergaben mit Mindestlohn ist gut angelegt – für die Beschäftigten aber auch für die Wirtschaft- über die Binnenkaufkraft.
4. Wir halten am ÖBS fest – auch wenn die Stellen dort teurer sind als in herkömmlichen Arbeitsmarktinstrumenten. Wir wollen sozial- versicherungspflichtige Beschäftigung.
5. Wir halten an den Verabredungen zur Bildung fest – am besseren Kita-Betreuungsschlüssel, an den LehrerInnen-Einstellungen, am Schüler-Bafög.
6. Und schließlich nehmen wir die bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen nicht als gottgegeben hin: Wir erheben unsere Stimme für eine Bankenabgabe, eine Finanztransaktionssteuer, für eine Vermögens- bzw. Millionärssteuer.